



Rede 1. Mai 2024, Thun  
Vania Alleva, Präsidentin Unia, Vize-Präsidentin SGB

## **Auf der Erfolgswelle weiterreiten: für höhere Löhne, tiefere Prämien**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Der Tag der Arbeit war und ist immer auch ein Tag der internationalen Solidarität. Zu den Grundwerten unserer Gewerkschaftsbewegung gehört, dass wir für Frieden und Freiheit für alle Menschen eintreten. Deshalb beginne ich meine Rede mit ein paar Gedanken zu den internationalen Krisen: In den aktuellen Kriegen leiden Millionen von Menschen unter der extremen Gewalteskalation. So viele Opfer schrecklicher Verbrechen: Das ist schon aus der Ferne kaum auszuhalten. Wie schlimm muss das erst für die betroffenen Menschen vor Ort sein? Wir können es uns nicht wirklich vorstellen.

Dennoch kann die richtige Antwort auf so viel Elend nie sein, dass wir noch mehr an der Gewaltspirale drehen. Das ist meine tiefste Überzeugung. Als Gewerkschaft stehen wir entschieden ein für Frieden und Menschenrechte. Wir rufen die internationale Staatengemeinschaft und auch die Schweiz dringend auf, sofort alles Erdenkliche zu tun, um diese Spirale der Gewalt zu stoppen. Und Waffenstillstände zu ermöglichen.

Weltweit wird jetzt aufgerüstet, das aber wird keine Sicherheit schaffen. Im Gegenteil! Die Welt wird immer noch tiefer in Kriegen versinken. Zudem fehlen die für Aufrüstung und Militär vergeudeten Mittel sonst überall:

- bei der Armutsbekämpfung,
- bei der sozialen Sicherheit und
- für den dringend nötigen ökologischen und sozialen Umbau.

Es scheint, als lebten wir derzeit in einer Welt, die aus den Fugen geraten ist.

Aber verzweifeln und resignieren hilft niemandem. Darum fragen wir Gewerkschaften immer wieder neu: Wie schaffen wir – hier und jetzt – ein Stück Gerechtigkeit? Einen Moment der Solidarität? Wie knüpfen wir eine tragende Masche im Sicherheitsnetz?

Unser 1. Mai-Motto heisst: Prämien runter, Löhne rauf! Damit fordern wir ein Stück mehr Gerechtigkeit hier und jetzt. Hier und jetzt in der Schweiz. So wie wir auch mit der 13. AHV-Rente und unserer Initiative dafür ein Stück mehr Gerechtigkeit gefordert hatten.

Das klare Ja am 3. März war ein historischer Erfolg für uns Gewerkschaften. Zum ersten Mal hat die Schweizer Stimmbevölkerung per Initiative einem Sozialausbau zugestimmt. Dieser Sieg ist unserem gemeinsamen Effort zu verdanken. Unzählige Menschen waren unterwegs in den Betrieben und auf der Strasse, um über die 13. AHV zu informieren. Das haben wir alle grossartig gemacht! Und immer noch sprechen mich Menschen auf der Strasse an und

bedanken sich für diesen Erfolg. Ich gebe diesen Dank gerne weiter, hier und jetzt: An euch alle, die ihr euch engagiert habt!

Das klare Resultat verpflichtet die Politik, die Initiative rasch umzusetzen. Es ist absurd, dass sich die rechten Verliererinnen und Verlierer jetzt um die Finanzierung dieser 13. AHV-Rente drücken wollen. Denn die Finanzierung über Lohnbeiträge liegt auf der Hand. Das haben wir immer gesagt. Die Finanzierung über Lohnprozente ist die sozialste Finanzierungsart und die kaufkraftschonendste Lösung. Mehr noch, sie wäre für die Menschen kaum spürbar. Denn die Sozialabgaben sind in letzter Zeit insgesamt gesunken.

Dieses Jahr ist ein entscheidendes Jahr für die Altersvorsorge: voraussichtlich im September werden wir nämlich über die BVG-Reform abstimmen. Es ist eine reine Abbaureform. Deshalb müssen wir die Vorlage mit aller Wucht bodigen. Dazu brauchen wir unbedingt den Schwung, den uns unser AHV-Sieg im März gegeben hat. Und es braucht wieder das volle Engagement von uns allen.

Wir wissen es: Die Renten aus den Pensionskassen sinken seit Jahren. Doch die bürgerliche Mehrheit im Parlament will die Probleme in der 2. Säule nicht wirklich lösen. Stattdessen hat sie eine Reform beschlossen, die, kommt sie durch, unsere Renten noch mehr schrumpfen lässt.

Eine Abbaureform, die zudem noch teuer ist: für die tieferen Renten sollen wir jährlich 2 Milliarden Franken höhere Lohnbeiträge bezahlen. Dieser BVG-Bschiss trifft Arbeitnehmende über 50 Jahre und Personen mit Einkommen zwischen 5000 und 7000 Franken besonders hart. Auch den Jungen drohen Renteneinbussen. Absolut gschämig: Ausgerechnet Personen mit tiefen Löhnen würden fürs BVG um bis zu 200 Franken mehr zahlen müssen. Pro Monat! Obwohl viele also massiv mehr einzahlen würden, stünden sie im Alter nicht besser da. Und sie wären weiterhin auf Ergänzungsleistungen angewiesen.

### **Was bedeutet diese BVG-Reform konkret?**

Hier ein paar Beispiele, die nur exemplarisch zeigen, was diese missglückte Reform für uns bedeutet:

Nehmen wir eine Coiffeuse, die heute 23 Jahre alt ist und im Monat 3300 Franken verdient. Sie müsste zusätzlich jeden Monat 160 Franken drauflegen. Woher soll sie dieses Geld nehmen? Wenn alles immer teurer wird, wenn die Krankenkassenprämien immer mehr steigen und die Miet- und Nebenkosten explodieren? Zwar könnte diese Coiffeuse nach 42 Einzahlungsjahren vielleicht mit 330 Franken mehr Rente pro Monat rechnen. Und wird aller Wahrscheinlichkeit nach trotzdem weit von einer existenzsichernden Rente entfernt bleiben.

Noch schlimmer würde es eine Verkäuferin treffen, die Ende 40 ist und knapp 4600 Franken im Monat verdient. Sie müsste jeden Monat 150 Franken mehr bezahlen. Und wofür? Ihre sowieso schon schmale Pensionskassenrente würde im Vergleich zu heute sogar sinken. Das ist schamlos!

Das gilt übrigens nicht nur für unsere Verkäuferin, sondern auch für den Koch, die Pflegerin, den Schreiner, die Malerin und den Gipser. Leute mit mittleren und tiefen Einkommen, Berufsleute aus den verschiedensten Branchen, zahlen mit dieser Reform drauf und erhalten am Ende schlechtere Renten.

## Nicht mit uns!

Wo bleibt das Versprechen der Rechten, sie wollten die Renten der Frauen und der Leute mit kleinen Einkommen verbessern? Es wurde hemmungslos gebrochen. Und das zugunsten der Gewinne der Versicherungsgesellschaften. Es ist sonnenklar: Die BVG-Reform ist ein frontaler Angriff auf den Lebensstandard der Menschen, die mit ihrer Arbeit dieses Land am Laufen halten.

Mit dieser BVG-Reform ignoriert das Parlament nicht nur den guten Kompromiss der Sozialpartner, sondern auch die Realität der Pensionskassen. Diese sind nämlich in Top-Form. Denn sie haben sich auf Kosten der Versicherten saniert. Einzig für die Versicherer und die Finanzindustrie geht die Reform also auf. Sie sollen weiterhin uneingeschränkt abkassieren. Jedes Jahr zweigen sie 7 Milliarden Franken von unserem Ersparten ab. So geht das nicht! Wir wollen nicht mehr zahlen – für immer weniger Rente! Wir sagen Nein zu diesem Bschiss!

Was wir alle wirklich brauchen, sind keine Bschiss-Reformen, sondern eine Wende in der **Lohn- und Einkommenspolitik**. Wir brauchen dringend höhere Löhne! Denn die Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen haben real immer weniger im Portemonnaie. Dass die Arbeitgeber die Teuerungsausgleichsregeln aus den Gesamtarbeitsverträgen herausgestrichen haben, macht sich jetzt schmerzhaft bemerkbar. Früher war es selbstverständlich, dass die Arbeitgeber die Kaufkraft ihrer Mitarbeitenden gewährleisten.

Das gilt heute nicht mehr. Die Firmenchefs lassen zu, dass es den Arbeitnehmenden finanziell immer schlechter geht. Das ist eine Frechheit! Umso mehr, als viele Firmen heute hohe Gewinne machen. Auch der Anteil genereller Lohnerhöhungen hat in den letzten Jahren stark abgenommen. Das hat zu einem weiteren Aufgehen der Lohnschere beigetragen.

Geld ist genug vorhanden. Ein würdiges Einkommen für alle Arbeitnehmenden wäre eigentlich möglich. Wer eine Berufslehre abgeschlossen hat, sollte mindestens 5000 Franken im Monat verdienen. Dennoch hat ein Paar mit zwei Kindern heute real rund 3000 Franken weniger Geld zur Verfügung als noch vor vier Jahren.

Schuld an dieser schleichenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten hat auch die unsoziale Kopfprämie bei den Krankenkassen. In keinem Land Europas zahlt der Koch oder die Köchin, die hart und lange arbeitet und trotzdem nur einen bescheidenen Lohn erhalten, gleich viel für die **Krankenversicherung** wie der Milliardär und die Milliardärin. Nur bei uns in der Schweiz. Die Kopfprämien sind eine Schweizer Fehlkonstruktion. Dieses Jahr steigen diese Kopfprämien um fast 9 Prozent. Dies, nachdem sie bereits 2023 um über 6 Prozent gestiegen waren. Bei der Einführung der obligatorischen Krankenkassen hatte uns der Bundesrat versprochen, dass niemand mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien würde zahlen müssen. Aber heute müssen viele Menschen in diesem Land das Doppelte ausgeben.

Gut, dass wir hier schon am 9. Juni Gegensteuer geben können: Mit einem Ja zur Prämientlastungsinitiative. Sie verlangt, dass niemand mehr als 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien aufbringen muss. Auch am 9. Juni braucht es uns alle. Dann können wir wieder siegen!

Wir sind dann immer noch weit entfernt von Frieden und Freiheit für alle. Aber immerhin ein kleines Stück Gerechtigkeit weiter.